

Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung (Thüringer Gesetz zur Stärkung des Wintersportortes Oberhof)

Zum Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/4042

Guten Morgen, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zwei Dinge muss ich hier sagen. Zunächst erst mal Herr Hey, wenn Sie es schon immer gewusst haben und wenn Sie schon immer als SPD dafür eingetreten sind, warum haben Sie es denn dann nicht durchgesetzt?

(Beifall DIE LINKE)

Es ist für mich völlig unklar und, ich meine, wir sollten schon ehrlich miteinander umgehen und sagen, dass nach Wegen gesucht wurde. Das, was hier versucht wurde durch das Innenministerium mit Tricks und Kniffen durchzusetzen und auszusitzen, dass es dort eine Entscheidung im Sinne von Oberhof und der weiteren Arbeit, auch in Umsetzung des Handlungskonzepts der Landesregierung gibt,

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Sie kennen doch bestimmt unsere Position.)

und deswegen finde ich es also schon etwas unerhört, hier so aufzutreten und zu sagen, was habt Ihr euch da einfallen lassen, jetzt muss es ein Gesetzentwurf sein. Sie wissen ganz genau, dass es hier gar nichts bringt, dass die Landesregierung an Anträge, auch wenn sie hier mit Mehrheit beschlossen würden, nicht gebunden ist.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Aber die Aktuelle Stunde bringt etwas?)

Deswegen war es klar, dass wir, wenn wir es ernst meinen und konsequent sein wollen, hier auch mit einem Gesetzentwurf auftreten müssen.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Aber warum erst heute?)

Ja, weil wir bis zuletzt gehofft haben und Sie wissen doch selber, dass in Meiningen das Landesverwaltungsgericht anders entschieden hat. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich habe geglaubt, dass die Landesregierung diese Entscheidung akzeptiert und sagt, gut, jetzt ist es so, jetzt hat halt das Landesverwaltungsgericht entschieden. Nein, es wurde noch eins draufgesetzt. Es wurde Beschwerde eingelegt und die Klatsche kam ja nun auch, weil klar war, dass die Fraktionen - hier vier von fünf, ich will es noch mal sagen in der Aktuellen Stunde, die leider nicht verbindliche Entscheidungen getroffen hat, das kann sie ja auch gar nicht - gesagt haben, so soll es nicht sein, aus Gründen, die ich hier nicht noch mal wiederholen will.

Herr Innenminister, ich muss wirklich noch mal etwas zu Ihnen sagen. Ihre Arroganz ist wirklich nicht zu überbieten.

(Beifall DIE LINKE)

Ich finde es wirklich peinlich und unangemessen, Oberhof hier wie eine heiße Kartoffel hin

und herzuwenden. Sie sagen, es ist nichts geklärt, es lässt sich nicht klären, wir werden es jetzt sauber klären. Na dann tun Sie es doch endlich.

(Beifall DIE LINKE)

Setzen Sie sich dafür ein und unterlassen Sie dieses Pingpongspiel, dieses - mir fällt da nur ein - Schraps hat den Hut verloren, wer ist denn nun Schuld. Die Landesregierung steht hier in der Pflicht und auch wir als Abgeordnete.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist eine Frage der Demokratie und der demokratischen Umgangsweise, unsere Verantwortung hier auch wahrzunehmen. Wir wissen alle, das will ich überhaupt nicht unterschätzen, dass das sehr komplizierte Prozesse sind. Aber allein die Frage, wie das mit dem Gutachten aussieht, welche Vorschläge Sie für eine Funktional-, Verwaltungs- und letztendlich auch für eine Gebietsreform haben. Ich meine, ich komme aus Südthüringen, ich komme aus Suhl, ich habe fast keine Landtagssitzung vergehen lassen, um das nicht anzusprechen. Und nach einem Jahr, nach Ihren Antworten hat sich immer noch nichts getan. Da frage nicht nur ich mich, da fragen sich auch Bürgerinnen und Bürger, ja was machen die denn da? Ich glaube, das kann man so nicht auf sich sitzen lassen, da muss man im Interesse auch der weiteren Entwicklung und dass wir das Handlungskonzept gemeinschaftlich auch so umsetzen, jetzt endlich einmal in die Puschen kommen und Nägel mit Köpfen machen.

Wenn Sie sagen, dass Sie jetzt das Gesetz einhalten wollen - selbstverständlich, dafür sind wir ja alle da und auch wir sind für die Einhaltung von Gesetzen -, dann will ich aber noch mal verweisen, dass die Thüringer Kommunalordnung in § 28 Abs. 2 tatsächlich diese Ausnahmemöglichkeit für den hauptamtlichen Bürgermeister eingeräumt hat. Na das ist doch gesetzlich geklärt, genauso wie gesetzlich geklärt ist - auch das ist hier mehrfach gesagt worden in § 46 Abs. 3, wenn ich das jetzt richtig zitiert habe -, dass wir auch einen Schritt weiterkommen müssen gemeinschaftlich mit den Kommunen Oberhof und Zella-Mehlis hier auch letztendlich zu einer Gemeinsamkeit zu kommen. Ich bin mir sicher, dass das auch gelingen wird, aber das gelingt nicht, wenn man dieses Spiel hin und her und wer hat Schuld weitermacht. Das demotiviert nämlich Menschen. Es ist ja zu Recht kritisiert worden, dass auch von den Oberhofern, auch von den Gewerbetreibenden und von allen, die da Verantwortung tragen, vielleicht ein bisschen mehr erwartet wird, um auch dem Ruf als Wintersport- und Tourismuszentrum noch besser gerecht zu werden. Aber, ich meine, Sie erleben doch, dass man sich im VIP-Zelt auf die Schulter klopft und sich feiert und sagt, wie toll wir sind, und wenn es aber an Entscheidungen herangeht, dann werden sie nicht getroffen, dann werden sie ausgesessen, dann klärt man das nicht und überlässt es Gerichten. Da sage ich Ihnen ganz ehrlich, das kann nicht so weitergehen, hier erwarte ich einfach mehr politisches Verantwortungsbewusstsein bei der Landesregierung und auch bei allen Fraktionen in diesem Hohen Haus.

(Beifall DIE LINKE)